

Zeitschrift: Wohnen
Band: 36 (1961)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rundschau

Freiwilliger Preisstopp in der schweizerischen Baustoffindustrie

Die Organisationen und Firmen der nachstehenden Baustoffindustrien haben dem Chef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat F. T. Wahlen, die verbindliche Erklärung abgegeben, daß sie bis 31. Dezember 1961 keine Preiserhöhungen durchführen werden: Zementfabriken, Kalk- und Weißkalkfabriken, Gipsindustrie und Eternitindustrie. Diese Industriegruppen geben wie schon anlässlich des Preisstopps in den Jahren 1957 und 1958 der Hoffnung Ausdruck, daß diese Stillhalteverpflichtungen einen wirksamen Beitrag zur Tiefhaltung der Baukosten und der Eindämmung der inflatorischen Entwicklung überhaupt bilden.

Das schweizerische Baugewerbe ist leistungsfähiger, als angenommen wurde

Als der Delegierte für Arbeitsbeschaffung im April das voraussichtliche Bauvolumen mit total 6,4 Milliarden Franken bekanntgab, was gegenüber dem Vorjahr einer Zuwachsrate von 26 Prozent entsprochen hätte, wurde die Realisierung sämtlicher projektierten Bauvorhaben vielfach als wirtschaftlich nicht tragbar und über das Leistungsvermögen der Bauwirtschaft hinausgehend bezeichnet.

Im Wohnungsbau allein hätte die Verwirklichung des geplanten Programms eine Erhöhung um 37 Prozent bedeutet. Die jüngsten Zahlen des BIGA lassen indessen erkennen, daß in den 42 monatlich Bericht erstattenden Städten in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 15 530 (im Vorjahr 11 674) neue Wohnungen baupolizeilich abgenommen wurden, was einer Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr von nicht weniger als 33 Prozent gleichkommt, wogegen sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 13 Prozent erreichte. Wenn auch von der Anzahl der fertiggestellten Häuser nicht unmittelbar auf das wertmäßige Bauvolumen geschlossen werden kann, so geben diese Zahlen doch – wie auch fachmännische Schätzungen bestätigen – zur begründeten Vermutung Anlaß, daß der als zu ambitiös bezeichnete Umfang der Bauprojekte im Wohnungssektor offenbar tatsächlich nicht wesentlich unterschritten, ja möglicherweise sogar völlig realisiert wurde. Diese Annahme scheint um so berechtigter, als einerseits die offizielle Baustatistik nur Gemeinden mit einer Bevölkerung von mehr als 2000 Einwohnern erfaßt, andererseits aber aus verschiedenen Gründen ein Zug der Bautätigkeit in

kleinere Agglomerationen eingetreten ist, der sich somit statistisch nicht ausgewirkt hat; sicherlich haben die tatsächlichen Ergebnisse die Erwartungen übertroffen.

Provisorische Ergebnisse der Volkszählung im Kanton Zürich

Am 1. Dezember 1960 hatte der Kanton Zürich eine Wohnbevölkerung von 941 794 Personen. In den zehn Jahren seit der letzten Zählung ist die Wohnbevölkerung um rund 21 Prozent gestiegen. In der gleichen Zeit nahm die Wohnbevölkerung der Stadt Zürich um 10 Prozent, der Stadt Winterthur um 20 Prozent und der übrigen Gemeinden um 35 Prozent zu. In der Stadt Zürich wohnen 45,7 Prozent, in der Stadt Winterthur 8,5 Prozent und in den übrigen Gemeinden 45,8 Prozent der Wohnbevölkerung des Kantons.

Der Mangel an Bauland und die Citybildung in der Stadt Zürich führen dazu, daß ein immer größerer Teil der Bevölkerung seinen Wohnsitz außerhalb der Hauptstadt suchen muß. Die Bau- und Wohngenossenschaften werden darum ihre Tätigkeit mehr auf Winterthur und die «übrigen Gemeinden» verlegen müssen.

Werden in Westdeutschland 60 000 Wohnungen frei?

Um das Defizit der Zahlungsbilanz zu verringern, will die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Familienangehörigen der im Ausland stationierten US-Streitkräfte zurückrufen. Man rechnet damit, daß dadurch in Westdeutschland 50 000 bis 60 000 Wohnungen frei würden.

Arbeitskräftemangel in der westdeutschen Bauwirtschaft

In der Bauwirtschaft des Bundesgebietes und Westberlins sind nach Mitteilung des Bundeswohnungsbauministeriums anfangs Dezember 1960 rund 85 000 Arbeitsplätze unbesetzt geblieben, gegenüber 4900 unbesetzten Arbeitsplätzen vor einem Jahr. Der Arbeitskräftemangel in der Bauindustrie sei um so fühlbarer, weil offensichtlich laufend Arbeitskräfte in die übrige Industrie abwanderten oder von dort abgeworben würden. Der starke Sog der Industrie auf die Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft sei daran zu ermesen, daß die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten trotz dem hohen Auftragsbestand von Mitte des Jahres bis Anfang November um 51 000 auf 1,35 Millionen Beschäftigte im Bundesgebiet

gesunken sei. Sie lag damit um einige zehntausend Arbeitskräfte niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Wohnungsbau für Flüchtlinge in Österreich

Österreich will die seit zehn und mehr Jahren in Baracken hausenden Altflüchtlinge in normale Wohn- und Lebensverhältnisse überführen. Dazu müssen für rund 3000 Familien reguläre Unterkünfte geschaffen werden. Zu diesem Zwecke ist ein kombiniertes Wohnbauprogramm in Angriff genommen worden, das innerhalb von drei Jahren zu Ende geführt werden soll.

Das von der Bundesregierung geleitete Programm von 3000 Wohnungen sieht einen Kostenaufwand von 360 Millionen Schilling (60 Millionen Franken) vor. Aus dem Ausland kommende Beiträge treten an die Stelle des im sozialen Wohnungsbau vom Bauinteressenten aufzubringenden Eigenkapitals. Der Rest wird vom österreichischen Staat den *gemeinnützigen Baugenossenschaften*, die die Siedlungen erstellen, zu günstigen Bedingungen vorgestreckt; in manchen Fällen übernimmt die Republik auch die Haftung für Bankkredite.

Wohnungsbaumotion führt in Holland zur Regierungskrise

Welche Wichtigkeit dem sozialen Wohnungsbau in den Niederlanden zukommt, zeigt die Tatsache, daß die Regierung zum Rücktritt veranlaßt wurde, weil sie eine Motion der Antirevolutionären Partei, welche die Erhöhung der Zahl der mit staatlichen Subventionen zu erstellenden Wohnungen von 65 000 auf 70 000 im Jahre 1961 forderte, ablehnte.

Genossenschaften in Jamaika

Die gesamte Kaffeebranche ist durch genossenschaftliche Initiative von einem unbedeutenden Erwerbszweig in einen der wichtigsten Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion verwandelt worden. Fast die gesamte kommerzielle Fischerei wird mit Hilfe von Genossenschaften entwickelt. Drei Genossenschaften verfügen zusammen über den größten Fuhrpark moderner Wagen für den Touristenverkehr. Sie bewältigen schätzungsweise neun Zehntel des gesamten Touristenverkehrs auf Jamaika.

Am 31. Dezember 1959 standen 215 Genossenschaften im Register, darunter auch eine Wohnungsbaugenossenschaft. Die eingetragenen Genossenschaften haben 60 830 Mitglieder. IGR